



An die VerteterInnen der Presse

Anschrift: Büro der Studierendenvertretung
Universität München
Leopoldstraße 15
80802 München

Kontakt: Christian Zwanziger
Telefon: 0175 5698 564
E-Mail: sekretariat@lak-bayern.de
Internet: www.lak-bayern.de

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

München, den 30.03.2011

Andere Bundesländer ziehen die Konsequenzen aus den Erfahrungen mit Studiengebühren – nur Bayern bisher nicht!

In allen anderen Bundesländern – außer Niedersachsen – wurden oder werden die einst eingeführten Studiengebühren bereits wieder abgeschafft. „Wie Bayerns Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch da von einem sinnvollen und bewährten Instrument zur Verbesserung der Studienbedingungen sprechen kann erscheint uns Studierenden suspekt“ so Christian Zwanziger, Sprecher der Landes-ASten-Konferenz Bayern. Am Dienstag äußerten sich unter anderem die Jungen Liberalen und der Minister selbst zu der seit Einführung anhaltenden Forderung der bayerischen Studierenden nach einer sofortigen Abschaffung der Studiengebühren in Bayern.

Nachgelagerte Studiengebühren seien das anzustrebende Ziel, meinen die Jungen Liberalen, und sehen sich darin durch einen Beschluss des FDP-Parteivorstandes bestärkt. Doch wenn man grundsätzlich für eine Einstiegshürde die „so gering wie irgendwie möglich“ (Stefan Alexander Siegle, Vorsitzender der Jungen Liberalen in Bayern) sein soll, eintreten will, wäre es nur konsequent gegen die Hürde Studiengebühren an sich zu sein. „Die steigenden Studierendenzahlen in Bayern als Zuspruch für Studiengebühren zu werten ist absurd. Studien – beispielsweise des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle - erklären sehr plausibel, dass dies zum großen Teil den bisherigen Gebühren im bevölkerungsreichen Baden-Württemberg oder etwa lange Zeit in Hessen zu tun hat. Dies ist nun nicht mehr der Fall“ erklärt Christian Zwanziger.

Wissenschaftsminister Heubisch sieht nach wie vor keinen Grund umzudenken – und das obwohl er zugibt, dass die Abschaffung der Gebühren die finanzielle Planungssicherheit der Hochschulen gefährde. „Da Studiengebühren von Anfang an zur Verbesserung der Lehre – nicht zur Finanzierung des Grundbedarfs – gedacht waren, müsste spätestens diese Erkenntnis zu einer Neubewertung von Studiengebühren seitens der Staatsregierung führen. Das ist keine Frage parteipolitischer Art, sondern die nach der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Menschen in Bayern. Studiengebühren sind damit nicht vereinbar und müssen, auch in Bayern, abgeschafft werden!“ so Christian Zwanziger.

Kontakt Landes-ASTen-Konferenz: Christian Zwanziger 0175 5698 564